

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Kreisverband Nordfriesland – Der Kreisvorstand

Antrag an den außerordentlichen Landesparteitag der SPD am Samstag, den 01.08.2009, in Lübeck

Antragsteller: SPD-Kreisverband Nordfriesland auf Beschluss des außerordentlichen Kreisparteitages vom 18.07.2009

Im Wahlprogramm der SPD zur Landtagswahl soll aufgenommen werden:

„Kindern eine Stimme geben – Sozialdemokratisches Profil für Schleswig-Holstein!“

Kinder sind kein Anhängsel – Politik für Kinder auch nicht!

Begründung:

Wir wollen mit den Menschen in Zeiten der Krise die Weichen dafür zu stellen, dass unser Bundesland auch in Zukunft ein Ort ist, an dem alle gut leben können. Dabei gilt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uneingeschränkt, dass die Gesellschaft auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für die Schwächsten und Schutzbedürftigsten einstehen muss. Dazu zählen vor allem die Kinder.

Uns leitet die Überzeugung, dass **Kinder eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenständigen Rechten und Ansprüchen** an die Gesellschaft sind. Kinder- und Jugendpolitik ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher ein eigenständiger Politikbereich.

Unser Land kann es sich auch gar nicht leisten, dass Kinder „zurückgelassen“, dass sie nicht bestmöglich gefördert werden. Unsere Gesellschaft braucht die Talente jedes einzelnen jungen Menschen!

Gelder, die in Kinderfreundlichkeit investiert werden, sind deshalb keine Wohltat, auf die in harten Zeiten verzichtet werden könnte. Sie sind notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

Deshalb:

- werden wir dafür sorgen, dass das Recht jedes Kindes verwirklicht werden kann, sich zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu entwickeln;
- wollen wir dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen bestmögliche Chancen für ein gutes Aufwachsen haben;
- streiten wir dafür, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken, Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen und einen wirksamen Schutz für alle zu gewährleisten – sowohl Schutz vor Vernachlässigung oder Gewalt, als auch insbesondere vor Armut!

1) Kinder haben Rechte!

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein gelingendes Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, und auf Förderung ihrer Entwicklung.

So haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit vielen Jahren dafür gekämpft, dass das Recht auf gewaltfreie Erziehung gesellschaftliche Norm wird.

Und wir sind stolz darauf, dass es gelungen ist, **Kinderrechte in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung** zu verankern. Wir wollen die Kinderrechte in der Landesverfassung noch stärker machen, als es mit unserem Koalitionspartner möglich war und in ihrer Bedeutung weiter ausbauen.

- Wir wollen, dass es neben dem Recht auf Schutz vor Vernachlässigung oder Misshandlung einen individuellen **Anspruch jedes Kindes auf angemessene Förderung** gibt. Dieser Anspruch muss im Zweifel schwerer wiegen als Elternrechte!
- Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene weiter dafür ein, dass **Kinderrechte in das Grundgesetz** aufgenommen werden. Kinder sollen als eigenständige Rechtspersönlichkeiten anerkannt werden. Das Elternrecht hat dem Kindeswohl zu dienen!

2) Gerechte Bildungschancen von Anfang an!

Spätestens infolge der PISA-Debatten hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Grundlagen für erfolgreiche Bildungsbiografien lange vor der Einschulung gelegt werden.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind Bildung, Betreuung und Erziehung schon immer entscheidende Elemente gesellschaftlicher Teilhabegerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit.

Es darf nicht sein, dass Kinder viel zu oft aus Kostengründen nicht in die Kita gehen, für die frühe Förderung, außerfamiliäre Kontakte und Anregungen gerade besonders wichtig wären.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass die soziale und ethnische Herkunft eines Kindes seine Bildungs-, und damit Lebenschancen insgesamt, bestimmen. Auch deshalb haben wir **in der Koalition die Einführung des betragsfreien letzten Kita-Jahres vor der Grundschule durchgesetzt.**

Ebenso, wie wir nordfriesischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Abschaffung der Schülerbeförderungsgebühren durchgesetzt haben, treten wir auch im Kita-Bereich für die konsequente **Beseitigung von Hürden beim Bildungszugang** ein.

Wir werden auch in Zeiten intensiver Sparzwänge daran festhalten, Wege zur sozial durchlässigen und **beitragsfreien Bildung bis zur Hochschule** zu schaffen, die mit einer **beitragsfreien Kita** beginnt.

- Wir streiten daher weiter entschlossen für einen gebührenfreien Kita-Besuch von Anfang an!
- Wir setzen uns weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsplätzen für alle Altersgruppen ein.
- Wo haushaltspolitisch der Zwang zur Prioritätensetzung besteht, da muss gelten: Schutz für Schwache und Sicherung der Zukunftsfähigkeit haben Vorrang!

3) Kinderarmut muss entschlossen bekämpft werden

Alle Kinder sollen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Startchancen haben und gesund aufwachsen. Gleiche Lebenschancen für jedes Kind sind das Grundversprechen einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft.

Die Wirklichkeit ist allerdings eine andere: Die Chancen unserer Kinder hängen entscheidend von ihrer sozialen Herkunft ab, wir laufen Gefahr, dass Armut wieder massenhaft zum sozial vererbten Schicksal wird. Allein in Schleswig-Holstein leben mehr als 74.000 Kinder in Armut – das ist jedes 7. Kind.

Kinderarmut hat viele Seiten: Materielle Armut, Bildungsarmut, höhere Gesundheitsrisiken, unsichere Alltagsstrukturen, fehlende Förderung von Talenten usw. Armut trifft Kinder in ihrer ganzen Persönlichkeit, beraubt sie ihrer Entwicklungschancen und letztlich die Gesellschaft ihrer Zukunftsfähigkeit. Die Ausbildung ihrer Basiskompetenzen und der Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiografie werden schon in frühen Kindesjahren geprägt. Versäumnisse in dieser Phase wiegen doppelt schwer.

Die **Offensive gegen Kinderarmut** mit Leitprojekten wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“, „Kein Kind ohne Gesundheitsvorsorge von Anfang an“ oder „Kein Kind ohne Ferienerholung“ hat geholfen, die Lage von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen kurzfristig konkret zu verbessern.

Allein 3.300 Kinder, die im Rahmen von „Kein Kind ohne Mahlzeit“ am gemeinsamen Mittagessen in der Kita teilnehmen beweisen, wie wichtig diese Initiative ist.

Zugleich ist wichtig, dass die Initiative dazu beigetragen hat, das **gesellschaftliche Tabu aufzubrechen**, Kinderarmut nicht zur Kenntnis zu nehmen bzw. nicht darüber zu sprechen.

Und die Offensive gegen Kinderarmut zeigt, dass es für die Menschen einen Unterschied macht, ob Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierung sind oder nicht. Ohne uns gäbe es diese Offensive nicht!

Wir werden:

- dafür streiten, dass das Tabuthema Kinderarmut und seine wirksame Bekämpfung als entscheidende Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte gerückt wird;
- die landesweite Offensive gegen Kinderarmut weiter ausbauen und finanziell absichern;
- uns auf Bundesebene für einen eigenständigen Kindereckregelsatz für Harz IV-Leistungen stark machen, der auch die Teilnahme am Mittagessen in Kita und Schule ermöglicht.

4) Kinder brauchen Förderung und Schutz!

Die frühe Entwicklung sozialer Fähigkeiten aber auch das Ziel gesellschaftlicher Chancengleichheit erfordern **ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung** – nicht erst dann, wenn das Wohl eines Kindes konkret gefährdet ist.

Zu einem guten Aufwachsen brauchen Kinder mehr als ihre Familie. Sie brauchen die Erfahrung der Gemeinschaft von Gleichaltrigen, brauchen vielfältige Sozialisationsorte und die Chance, altersgemäß familiäre Grenzen überwinden zu können.

Öffentliche Verantwortung für Kinder bedeutet aber auch, dass die Gemeinschaft für das Wohlergehen aller Kinder einsteht! Schleswig-Holstein hat zu diesem Zweck das System der Frühen Hilfen konsequent ausgebaut und gestärkt.

Frühe Hilfen müssen sich an alle Eltern richten, sie dürfen weder bestimmte Eltern abschrecken, noch solche Eltern stigmatisieren, die die Hilfen annehmen.

5-10% aller Neugeborenen sind gefährdet. Das darf uns nicht ruhen lassen und verlangt die laufende Weiterentwicklung des erfolgreichen landesweiten Handlungskonzepts mit Programmen wie „**Schutzengel**“ und „**Willkommen im Leben**“.

Diese Programme wurden von Land und Kommunen gemeinsam mit den Kinderschutzeinrichtungen und Verbänden erfolgreich auf den Weg gebracht. Wir sind stolz darauf, dass der Kinderschutz in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren substanziell gestärkt wurde!

Das **Kinderschutzgesetz**, das zum 1. April 2008 in Schleswig-Holstein in Kraft getreten ist, hat bundesweit Maßstäbe gesetzt. Ein wichtiges Ziel dieses Gesetzes ist, dass alle Kinder bis zum sechsten Lebensjahr regelmäßig an den für eine gesunde Entwicklung elementaren Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

Deshalb sorgen wir dafür, dass

- alle Elemente des präventiven Kinderschutzes flächendeckend bedarfsgerecht umgesetzt werden;
- insbesondere Angebote für werdende Eltern und für Eltern mit noch sehr kleinen Kindern bzw. Babys weiter ausgebaut werden und
- die Bereitstellung von Frühen Hilfen als einklagbarer Rechtsanspruch jedes einzelnen Kindes im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankert wird!

5) Gesellschaftliche Teilhabe – Kinder sollen mitbestimmen!

Auch Kinder haben den demokratischen Anspruch, altersgemäß über ihre Lebensbedingungen mitzubestimmen. Die praktische Erfahrung von **Demokratie und Teilhabe muss den Alltag unserer Kinder von Anfang an prägen**. Sie ist wesentliches Element der Persönlichkeitsbildung und der Entwicklung von Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen.

Ebenso wenig, wie es ein Bildungsprivileg geben darf, darf es ein gesellschaftliches Partizipationsprivileg geben! Es ist unsere Verantwortung, dass junge Menschen gleich welcher sozialen Herkunft und gleich welchen Bildungsgrades dafür gewonnen werden, sich in die gemeinsame Gestaltung der Lebensbedingungen einzubringen.

Deshalb werden wir:

- das erfolgreiche Programm „Kinderstube der Demokratie“ sowie das Projekt „Mitwirkung in Schleswig-Holstein“ fortführen und weiterentwickeln. Wir wollen Kinder und Jugendliche noch stärker in Entscheidungsprozesse über Angelegenheiten, die ihr Leben in der Kita, in der Schule und in der Kommune betreffen einbinden;
- Freiwilligendienste für junge Menschen, wie z.B. das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr durch mehr Landesmittel fördern und für die verstärkte Beteiligung von jungen Menschen mit Schulabschlüssen „unterhalb“ des Abiturs sorgen;
- Schule demokratischer organisieren durch mehr Beteiligung an Entscheidungen über die Ausgestaltung des Schullebens, Feedbackkultur usw.;
- für die Absenkung des Wahlrechtes auf 16 Jahre werben – wer alt genug ist, eine Berufsausbildung zu wählen, kann auch über politische Vertreter mitbestimmen.

Kinderfreundlichkeit kann und soll nicht von Politik und Verwaltung allein entwickelt und getragen werden. Wir verstehen Politik für Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die insbesondere in enger **Kooperation mit Initiativen, Organisationen und Verbänden**, auf den Weg gebracht werden muss.